

# Arbeiter-Zeitung

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen  
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-2 / Verlagsstelle und Expedition: Osterbahnstraße 2 / Fernsprech-Gammelnummer 14191 / Postfachkonto Dresden Nr. 13558, Emil Schlegel  
Schließung: Dresden-2, Osterbahnstraße 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtauskunft: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprachstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gestaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Restameile anschließend an den dreizehntägigen Tarifteil 1,25 RM. Anzeigenannahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-2, Osterbahnstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bezahlung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang

Dresden, Sonnabend den 17. April 1926

Nummer 89

## Berschleppung des Volksentscheids

### Zustimmung der SPD. zum Fürstentkompromiß?

Berlin, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Gestern nachmittag wurden die Verhandlungen der Fürstentparteien über den Kompromißentwurf zu Ende geführt. Ueber den Inhalt dieses Kompromisses wird nichts verlautbart; es wird nur mitgeteilt, daß dieselben Parteien, die die anderen Entwürfe eingebracht haben, den neuen Entwurf unterstützen werden. Die demokratischen Berliner Blätter hoffen, daß dieser Neuentwurf die Zustimmung der Sozialdemokraten finden wird. So schreibt „Vorwärts“: „Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß die Basis, auf der man sich heute einigen wird, die Grundlage für eine Einheitsfront geben wird, die von der Volkspartei bis zu der Sozialdemokraten reichen dürfte.“

Im getriggen Abend-„Vorwärts“ schreibt Kurt Rosenfeld über die neuen Kompromißverhandlungen: „Wie die Dinge aber jetzt liegen, nachdem der glänzende Erfolg des Volksbegehrens sich gelohnt hat, daß sogar in den bürgerlichen Parteien mit 20 Millionen Stimmen die Zustimmung des Volksbegehrens stimmen, müßte die Kompromißparteien nun schon sehr gründliche Überlegungen ihres Vorschlags vornehmen, wenn das Kompromiß die Sozialdemokratische Partei annehmbar sein soll. Es hat sich so an, als ob die bürgerlichen Mittelparteien sich um die Ausdeutung des Fiskus bemühen. Die einzige befriedigende und klare Umdeutung kann nur die entscheidungslose Entziehung der Fiskus ausprechen.“

„Vorwärts“ meldet der „Vorwärts“, daß zum nächsten Dienstag noch Sitzung der Parteiauswahleinberufen ist, der sich mit dem Sachverhalt beschäftigen soll. Man wird wohl nicht feststellen in der Annahme, daß dort erneut die Stellung der Sozialdemokraten zum neuen Kompromißentwurf und zum Volksentscheid festgelegt werden soll.

Die Regierung wendet inzwischen alle Mittel an, um den Scheitern des Volksentscheides zu verhüten. Die Minister des Reichsausschusses, Kuczynski, Münsberg und Stöcker, hatten gestern eine Unterredung mit dem Reichsinnenminister Kütz, der erklärte, daß er für die Fragen nicht zuständig sei und am 17. dem Volksbegehren überhaupt noch nicht s. Er habe am 17. noch keine Mittelteilnahme erhalten und sich infolgedessen noch nicht damit beschäftigt. Er hat den drei Vertretern des Ausschusses, beim Reichsausschusses Marx anfragen, der erst ein amtliches Gutachten vorlegen würde, ehe sich das Reichsinnenministerium mit der Frage befassen könnte. Marx erklärte, er verstehe nicht, was Kütz mit diesen Gutachten meine. Jedenfalls habe das Justizministerium kein Gutachten abgegeben. Amtlich sei ihm vom Volksentscheid noch nichts bekannt. Marx glaube, daß das Kabinett in einer seiner nächsten Sitzungen sich mit dieser Frage beschäftigen werde; aber er sei nicht zuständig und könne keinerlei bindende Zusätze geben.

Die Reichsregierung hat also die Absicht, den Volksentscheid zu verschleppen und will wahrscheinlich erst das Kompromißgesetz weiter durchschleppen, um so die Massen zu verwirren. Das Ergebnis des Volksbegehrens ist amtlich bereits

bekannt. Der Schlußtag der Einreichungen war der 17. März, so daß bereits ein Monat seit diesem Tage verstrichen ist. Der § 43 des Gesetzes über den Volksentscheid sagt ausdrücklich: „Die Reichsregierung hat unverzüglich den begehrteten Gesetzentwurf einzubringen.“ Wir glauben, daß es nachgerade Zeit wird für die Regierung.

### Das neue Fürstentkompromiß

Wie die bürgerliche Presse heute morgen meldet, haben die unter Vorsitz des Reichsausschusses stattgefundenen Verhandlungen in der Frage des Fürstentkompromisses zu einer vollkommenen Einigung unter den Regierungsparteien geführt. Die „Völkische Zeitung“ meldet, daß das neue Kompromiß eine völlige Umkehrung des Entwurfes bringe, der vom Reichsausschuss vor Kurzem erledigt worden ist. Die wichtigsten Bestimmungen des Kompromisses gehen dahin, daß der Sondergerichtshof für die Auseinandersetzungen zwischen den Ländern und den ehemaligen Fürstentümern außer dem Vorsitzenden aus 4 richterlichen und 4 nichtrichterlichen Beisitzern besteht. In den Fällen, wo eine Gesamtabstimmung stattgefunden hat, kann nur auf Antrag beider Parteien das Verfahren wieder aufgenommen werden. Bis zum Jahre 1936 dürfen die aus den Entscheidungen gewonnenen Mittel nur zu privatwirtschaftlichen Zwecken verwendet werden. Dieser neue Kompromißentwurf soll am Dienstag dem Reichsausschuss des Reichstages vorgelegt werden. Die Regierung hofft, mit weisenden Mehrheiten und mit Hilfe der SPD. den Kompromißentwurf durchzubringen.

Der „Vorwärts“ läßt an ihm eine sogenannte sachliche Kritik und schreibt dazu folgendes: „Zunehmend scheint schon heute, daß die große Volksbewegung für die entscheidungslose Entziehung bis heute auf die bürgerlichen Parteien keinen besonderen Eindruck gemacht hat. Jedenfalls zeigt auch das neue Kompromiß nicht den geringsten Willen, dem Volksentscheid die nötige Anerkennung zu verleihen. Dieser Mangel kommt auch in der Bewegung des Volksbegehrens zum Ausdruck. Die Regierung hat keine Eile, das entscheidungslose Entziehungsgesetz dem Reichstag zuzuleiten. Sie mag sich hüten vor einem Verzögerungsversuch.“ Der „Vorwärts“ wirft mit keinem Wort die Frage des geschlossenen Kampfes mit allen Mitteln gegen die Verschleppung des Volkes durch die Regierungsparteien und gegen die bewusste Sabotage des Volksentscheides durch die Luther-Regierung auf.

### Gegen die Sabotage des Volksentscheids

Sollingen, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) In Sollingen fand eine Massendemonstration als Protest gegen eine Hitler-Veranstaltung und gegen die Verschleppung des Volksentscheides, einberufen vom KPD, statt. Etwa 5000 Personen marschierten im Zug. Darunter befanden sich viele SPD-Arbeiter und Reichsbannermitglieder. Die Polizei hielt es für geraten, die Hitlerleute nicht auf die Straße kommen zu lassen, sondern ihnen nur eine geschlossene Veranstaltung zu gestatten.

### Unter der Zucht des Parteivorstandes

S. Daß bei der Spaltung der SPD. in Sachsen die gesamte bürgerliche Presse auf der Seite der 23 steht und den Schildknappen der Bourgeoisie ihre vollste Anerkennung für den „Mut und die Klarheit“, mit der die rechten Renegaten in ihrer Erklärung im Sächsischen Landtag den Ausschluß beantwortet haben, auspricht, ist nicht verwunderlich. Der „Dresdner Anzeiger“ bemerkt, daß man nur hätte wünschen mögen, daß dieser Mut von den 23 schon lange in Anwendung gekommen wäre. Nicht nur die SPD., sondern das ganze politische Leben wäre günstig (!) beeinflusst worden, und wenn, so schreiben die deutschen nationalen „Nachrichten“, die nächste Zeit für die Rechtssozialisten eine schwere Nervenprobe darstellen wird, so sei von bürgerlicher Seite nur zu wünschen, daß sie die Probe gut bestehen möchten, denn nur mit Schrecken könne man daran denken, was werden würde, wenn die radikale Flut heumungelos über dem sächsischen Volk hereindrehe. Deshalb weist das Blatt mit besonderer Freude darauf hin, daß nach den Erklärungen im Sächsischen Landtag die 23 bei den nächsten Landtagswahlen mit eigenen Kandidatenlisten vorzugehen gedächten und damit die Möglichkeit für die Fortsetzung des bisher betriebenen reaktionären Kurzes gegeben ist. Die „Neuesten Nachrichten“ bemerken, daß die Erklärung der rechten Renegaten gezeigt habe, daß sie ihre Positionen nicht auf Luft gebaut haben. Deutlich werde aus die Spaltungstendenzen innerhalb der SPD. hingewiesen und die Führer der 23 seien zu kluge und erfahrene Politiker, als daß sie ihren Schritt ohne die Fühlungnahme mit diesen Kreisen innerhalb Deutschlands gewagt hätten. Die bürgerliche Presse beschäftigt durchweg die gute Position der Ausgeschlossenen und weist nicht mit Unrecht darauf hin, daß die Verurteilung der Linken auf den Parteivorstand bei ihrem Vorgehen gegen die 23 keinerlei Eindruck mache und der Parteivorstand sich auf den Boden einer „verantwortlichen Arbeit im Sinne der Staatsbejahung“, also auf die Seite der 23 Rechtsen stellen werde, wenn es nicht, wie die 23 in ihrem Briefe an den Parteivorstand geschrieben haben, um die gesamte Sozialdemokratische Partei gehen solle. Während die „Germania“ in der Spaltung der sächsischen SPD. den sich immer mehr verstärkenden Einfluß der Kommunisten und die ersten Erfolge der Anwendung der neuen kommunistischen Taktik sieht, schweigt sich das „Zentralorgan“, der „Vorwärts“, noch bis gestern abend beharrlich aus und gibt, ohne eigene Stellung zu nehmen, nur kurze Berichte über die Vorgänge im Landtag, bei denen er davon spricht, daß von den 18 „nicht Ausgeschlossenen“ das von uns bereits veröffentlichte Schreiben an den Landtagspräsidenten gerichtet worden ist.

Während die 23 Rechtsen in ihrer von uns gestern abgedruckten Erklärung zu dem sächsischen Parteikonflikt eine klare und entschiedene politische Stellung bezogen haben, wagen die Blätter der Linken kaum eine eigene Stellung vorzulegen. Die „Leipziger Volkszeitung“, das Organ Liebmanns, und auch das „Sächsische Volksblatt“ begnügen sich mit einem Artikel der sächsischen republikanischen Korrespondenz, in dem sie sich bitter darüber beschweren, daß das Schreiben der Linken von dem Landtagspräsidenten den Rechtsen zugänglich gemacht worden ist und sie somit Gelegenheit hätten, eine Erklärung vorzubereiten. Nach einem widerlichen Gezänk über ehte und uneheliche Partimoral beschwören sie darin den Parteivorstand, daß sie nicht davon denken, „kommunistische Politik“ treiben zu wollen. Die ganze jämmerliche Haltung der Linken zeigt ein Artikel der „Dresdner Volkszeitung“, in dem der Reichstagskellner Sachs, der nicht den Mut fand, ebenso offen ins Lager der Bourgeoisie hinüberzugehen wie seine innerlich mit ihm verbundenen 23 Freunde, betont, daß von einer Parteispaltung in dem Sinne nicht gesprochen werden könne, als ja die 23 keine Partei wären und auch im Lande keine Partei hinter sich hätten. Die Absicht ist klar. Die sozialdemokratischen Arbeiter sollten von einem ernsthaften Kampfe gegen die 23 und gegen die Rechtsen in den Gewerkschaften abgehalten werden, da es sich ja nur um die Abspaltung der Reinen Häufelins der 23 handele. Im übrigen müsse es jeden Sozialdemokraten mit Schmerz erfüllen, daß die Partei nun geschwächt sei. Die Linken bereuen also den Herauswurf der Renegaten und bedauern, daß damit die Partei geschwächt worden sei. Das sind dieselben Worte des Parteivorstandes, die er in seinem Briefe an die Rechtsen gebrauchte, daß mit dem Ausschluß der 23 der Partei ein immenser Schaden zugefügt worden sei und niemand diesen Schaden für die Partei wälzen könne. Auch Sachs möchte diesen Schaden nicht, zumal dazu keinerlei politische Ursache vorhanden sei. Die „Volkszeitung“ schreibt:

„Wenn diese beiden inneren Gegenkräfte vorhanden, so wäre der Bruch unvermeidlich. Über davon kann keine Rede sein. Es geht nicht einmal um die grundsätzliche Stellung der Partei zur Koalitionsfrage. In der Erklärung

## Internationale Kampfolidarität für die englischen Bergarbeiter

Brüssel, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Das internationale Bergarbeiterkomitee hat gestern nach zweitägigen Beratungen in Brüssel einstimmig beschlossen, sich mit den englischen Bergarbeitern solidarisch zu erklären. Es ist bereit, erforderlichenfalls die nötigen Maßnahmen zu treffen und die Ausfuhr von Kohle nach England zu verweigern. Weiterhin wurde beschlossen:

„Erklärt das internationale Komitee einen internationalen Streik, so übernimmt es selbst die Streikleitung. Die nationalen Organisationen sind verpflichtet, den Streik nicht abzubrechen, bevor nicht ernsthafte Grundlagen für die Wiederaufnahme der Arbeit in sämtlichen, am Konflikt beteiligten Ländern gefunden sind.“

Der internationale Transportarbeiterverband verpflichtet den internationalen Bergarbeiterkomitee, falls der Streik ausbrechen sollte, dem Komitee seine Unterstützung im Kampf der englischen Bergarbeiter zur Verfügung zu stellen.

Die gesamte Arbeiterschaft wird diesen Beschluß des Bergarbeiterkomitees mit dem freudigsten begrüßen. Damit wird die Verantwortung geschaffen, den schweren Kampf, der vor den englischen Bergarbeitern steht, auf das tatkräftigste zu unterstützen und diesen Kampf zu einer Angelegenheit der Bergarbeiter aller Länder zu machen. Darin liegt die Stärke und die Bedeutung der internationalen Einheit der Arbeiterbewegung. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, die Lebensbedingungen der Arbeiter in allen kapitalistischen Ländern zu heben durch den gemeinsamen Kampf in einheitlicher Front. Besonders hervorzuheben ist der Beschluß der internationalen Transport-

arbeiter, durch die der Beschluß des internationalen Bergarbeiterkomitees erhöhte Bedeutung gewinnt. Auch die übrigen englischen Gewerkschaften haben zu dem bevorstehenden Kampf der Bergarbeiter Stellung genommen. Die Londoner Eisenbahnergewerkschaft hat alle Eisenbahner Englands aufgefordert, die Bergarbeiter voll zu unterstützen. Gleichzeitig mit dem bevorstehenden Kampf der Bergarbeiter hat sich auch der Konflikt in der englischen Maschinenindustrie weiterhin verschärft. Die Einigungsverhandlungen sind gestern zusammengebrochen. Wegen die englischen Gewerkschafter, ihren Angriff gegen die englischen Bergarbeiter vorzutragen, werden sie auf die geschlossene Front des Klassenbewußten Proletariats stoßen. Der Beschluß des internationalen Bergarbeiterkomitees muß in Deutschland allen Arbeitern Veranlassung sein, entgegen dem Willen der Reformisten mit allen Kräften weiterhin für die Einheit der Gewerkschaften in nationalem und internationalem Maßstab zu kämpfen und die Einheit mit den russischen Gewerkschaften herzustellen.

### Der Parteiauswahleinberufen

Berlin, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Parteivorstand der SPD. hat den Parteiauswahleinberufen. Wie der „Vorwärts“ meldet, wird die Sitzung am 17. dem Sachverhalt beschäftigen und der Parteivorstand wird dem Schriftwechsel, den er in der letzten Parteivorstandssitzung beider Richtungen gehabt hat, dem Zeit mit den Vertretern beider Richtungen gehabt hat, dem Parteiauswahleinberufen. Gleichzeitig soll dem Parteiauswahleinberufen Kenntnis von den weiteren Verhandlungen (!) gegeben werden.